



**Nur einer von mehreren Streitpunkten:** Die Tennet bevorzugt die Gittermasten. Mit Kompaktmasten würde aber weniger Fläche verbraucht.

Foto: Thomas Vorwerk

# Weitere Widersprüche in Sicht

## Stromtrasse beschäftigt Cappeln über Jahreswechsel hinaus

**Cappeln** (erk). Die Hochspannungstrasse von der Küste in Richtung Süden wird die Region auch im kommenden Jahr beschäftigen. Auf ein Abnicken wird der Netzbetreiber Tennet aber zumindest in der Gemeinde Cappeln nicht bauen können. Das machte Bürgermeister Marcus Brinkmann im Jahresabschlussgespräch mit dieser Zeitung deutlich.

Dass Cappeln stark davon betroffen ist, ist das Eine. Wie die Tennet aber mit den Betroffenen umgeht, ist eine ganz andere Geschichte. „Wir werden vorgeführt“, sagt der Verwaltungschef. Das sei bei den Kompaktmasten so, die jetzt doch nicht kommen sollen und auch bei der Erdverkabelung. Auch die werde

bestenfalls punktuell eingesetzt und in der Gemeinde Cappeln vielleicht gar nicht.

Und dies, obwohl es bereits erprobte Verfahren gibt, die keinen 40 Meter breiten Korridor im Boden benötigen. „In der Praxis ist das möglich und auch bereits Stand der Technik“, weiß Brinkmann aus Fachpublikationen. Und auch die Politik spreche sich für Pilotverfahren aus und setze auf einen beschleunigten Ausbau durch Erdverkabelung. „Es wird mit der Aussage, es sei nicht Stand der Technik, abgebügelt“, schimpft der Bürgermeister. „Wenn man nichts erprobt, passiert auch nichts. Das ist das gleiche Spiel mit den Kompaktmasten, obwohl es auch dafür Beispiele aus der Praxis gibt.“

Brinkmann sorgt sich in diesem Zusammenhang auch darüber, dass solche Reaktionen zu einer Politikverdrossenheit führen. „Tausende Unterschriften sind beim Amt für regionale Landesentwicklung abgegeben worden. Gutachten wurden eingeholt und viele Bürger engagieren sich, aber für Cappeln ist bis heute nichts rausgekommen.“ Der Standort Nutteln beispielsweise war seiner Auffassung nach von vornherein gesetzt. „Wir werden weiterhin gegenüber der Tennet und den Behörden unsere Widersprüche einreichen und auch eine gerichtliche Überprüfung behalten wir uns weiterhin vor. Wir werden uns Gehör verschaffen“, verspricht Brinkmann.